

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 44 (1950)
Heft: 3

Rubrik: Schweizerische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

macht noch keinen Frühling —, mag auch den MacMahon-Plan eher als Anzeichen einer beginnenden Wandlung der Ansichten denn als Ausdruck einer bereits durchgebrochenen Tendenz beurteilen — sicher ist, daß die Wahrheit auch in Amerika arbeitet und daß der Zeitpunkt naht, da in den Vereinigten Staaten die Entscheidung zwischen ernsthafter Abrüstung und Weiterrüsten zu einem dritten Weltkrieg getroffen werden muß. Albert Einstein hat jedenfalls recht, wenn er erklärt, daß sich am Ende des Weges, den die Völker jetzt gehen, «mehr und mehr das Gespenst der allgemeinen Vernichtung abzeichnet», und hinzufügt, daß es unmöglich sei, den Frieden zu bewahren, solange die Regierungen jeden ihrer Entschlüsse im Hinblick auf einen künftigen Krieg faßten. (Er ist dafür von dem Senator Rankin prompt als «alter Gauner» beschimpft worden, der wegen seiner «kommunistischen Umtriebe» schon längst hätte deportiert werden sollen.)

Von den Regierungen erwarten wir freilich keine wirksame Initiative für die Zerbrechung der Schwerter mehr. Der entscheidende Antrieb muß aus den Völkern kommen — oder er wird überhaupt nicht kommen. Erst wenn es den Regierungen eindeutig klar sein wird, daß die Völker einfach nicht mehr gehorchen würden, wenn je wieder der Befehl «Zu den Waffen!» käme, erst dann wird abgerüstet werden, erst dann wird der Zwang übermächtig sein, eine wirtschaftliche und politische Neuordnung der Welt zu schaffen, die den Krieg als Mittel der Politik ein- für allemal ausschließt. Auf die Entfaltung einer solchen Ungehorsams- und Widerstandsbewegung — und das ist immer unser letztes Wort in dieser Sache — müssen alle Lebenskräfte in den Völkern hingelenkt werden, sonst bleiben schließlich auch die bestgemeinten Aufrufe zu Abrüstung und Friedenssicherung in den Wind gesprochen.

6. März 1950.

Hugo Kramer.

SCHWEIZERISCHE RUNDSCHAU

Landesverrat! Abrüstung, ziviler Ungehorsam, passiver Widerstand gegen jede Kriegshandlung, gegen jeden Invasionsversuch, diese Aktionen, die wir am Schluß unserer Weltrundschau als zentrale Notwendigkeiten des Friedenskampfes bezeichnet haben — all das klingt bekanntlich in den Ohren der meisten Schweizer wie selbstmörderischer Wahnwitz, ja fast wie Aufforderung zum Landesverrat. Denn Militärwesen und Schweiz — das ist für die landläufige Vorstellungsweise fast ein und dasselbe, und wer dem Militärgötzen zu nahe tritt, der ist damit von selbst auch ein Feind der Schweiz. Und was gar wirklich als Landesverrat gelten muß, das wird von unseren Militärgerichten mit einer derart barbarischen Härte bestraft, daß schon die Furcht vor den Folgen jede Verratsneigung ersticken sollte. Das haben neuerdings wieder die beiden Spionageprozesse Steiner und Gerber erwiesen, die während der Aktivdienstzeit wohl mit Todesurteilen geendet hätten, nun aber — leider, so klang es aus den Presseberichten darüber heraus — den Angeklagten nur hohe Zuchthausstrafen eingetragen haben. Und doch handelte es sich mindestens im einen Fall — demjenigen des

Telegraphenbeamten Steiner — sicher nicht um einen böartigen, abgefeimten Militärverräter, sondern viel eher um einen dummen, vertrottelten Spießbürger, der, weil er ja chiffrierte Telegramme weitergab, nicht einmal wußte, was er seinen Kunden «verriet», und der nur dank einem geradezu unglaublichen Büroschlendrian sein Handwerk so viele Jahre lang ungestört betreiben konnte. Im übrigen muß man sich fragen, was für einen Lärm unsere patriotische Presse wohl geschlagen hätte, wenn die beiden Spione nicht für die Westmächte gearbeitet hätten, sondern für die Sowjetunion; die große Aufmachung, in der seinerzeit die wichtigstuerischen Erinnerungen des Sowjetagenten Foote von einer Reihe schweizerischer Zeitungen veröffentlicht wurden, gab ja schon einen Vorgeschmack davon, was wir erst zu erwarten gehabt hätten, wenn sich in der Schweiz so etwas wie ein Fall Fuchs ereignet hätte!

Dabei sollte es allmählich auch dem traditionsgebundensten Schweizer klar sein, daß wir mit der *bisherigen* Art der Landesverteidigung — der höchstmöglichen Steigerung der militärischen Rüstungen — nicht mehr weiterkommen und auch auf diesem Feld entschlossen neue Wege gehen müssen. Aber nein, Bundesrat Kobelt reist unermüdlich im Land herum und predigt unter dem Beifall aller Gutgesinnten die Notwendigkeit konsequenten Weiterrüstens, auch wenn die Militärausgaben des Bundes regelmäßig 500 Millionen Franken überstiegen; denn was ist doch eine halbe Milliarde für ein so wohlhabendes Land wie die Schweiz, das alljährlich die gleiche, ja eine noch höhere Summe für alkoholische Getränke ausgibt? In Wirklichkeit handelt es sich natürlich, wie immer wieder gesagt werden muß, gar nicht in erster Linie um die Kostenfrage, so wenig sie auch vernachlässigt werden soll; es geht vor allem um die Grundsatzfrage: Kann durch militärische Rüstungen das Leben der Schweiz in der heutigen Weltlage und bei der modernen Kriegstechnik überhaupt noch geschützt werden? Die Antwort darauf ist schon längst zu einer Intelligenzprobe geworden; um so beschämender für uns, wenn es mehr und mehr das Ausland ist, das uns sagen muß, wie ein durch Gefühle und Leidenschaften nicht getrübler Verstand die Aussichten einer militärischen Verteidigung der Schweiz im Ernstfall beurteilt. Der «Manchester Guardian» hat tatsächlich letzthin so deutlich, wie es die internationale Höflichkeit erlaubt, unserem Kriegsminister zu verstehen gegeben, daß seine Theorie — die offenbar jetzt auch diejenige des Generalstabes ist —, wonach die Schweiz an der Grenze verteidigt werden müsse und könne und das Mittelland nicht preisgegeben werden dürfe, wenn man nicht einen Angreifer ermutigen wolle — daß diese ganze Theorie nicht nur im Gegensatz zu der während des zweiten Weltkrieges praktizierten Réduittheorie stehe, sondern auch falsch und verhängnisvoll sei. «Die Schweizer», so bemerkt das liberale englische Blatt, «stehen zwei unerfreulichen Möglichkeiten gegenüber: Entweder müssen sie die reichsten Gebiete ihres Landes aufgeben und sich in unfruchtbaren Gebieten belagern lassen, oder sie müssen ihre reichsten Gebiete verteidigen und das Risiko eingehen, alles zu verlieren.» Die Annahme der zweiten Möglichkeit sei zwar verständlich, werde sich aber vom militärischen Standpunkt aus «möglicherweise als Fehler herausstellen». Die Aussicht auf Verteidigung von offenem Gelände, ohne dabei vernichtet zu werden, sei heutzutage für eine unterlegene Streitmacht sehr gering, und eine bereits durch eine Niederlage zersprengte Armee umzugruppieren, sei keine leichte Aufgabe. Der «Manchester Guardian» folgert darum: «Die Hoffnungen der Schweiz, gleich wie diejenigen Westeuropas ganz allgemein, bestehen darin, daß sie überhaupt nicht angegriffen wird, und die Schweizer, mit all ihrem unbeugsamen Nationalstolz, sind sich im klaren darüber.»

Kriegstheologie

Sind sie es? Und wenn sie es sind: handeln sie danach? Setzen wir unsere Kraft, unsere Mittel, unsere Findigkeit statt für die Vorbereitung auf einen neuen Krieg für dessen Verhinderung ein, und das heißt für die Schaffung einer Weltordnung, aus der mit der gleichen Folgerichtigkeit der Frieden hervorgeht, wie aus der herrschenden «Ordnung» der Krieg entspringt? Wir denken nicht einmal daran oder begnügen uns höchstens mit unverbindlichen Gebärden und mit Ersatzhandlungen, die uns der Pflicht zu wirklichem und wirksamem Handeln entheben sollen. So wird denn unentwegt weiter und weiter gerüstet, uferlos,

hemmungslos, und zwar sind es nicht nur die herkommensmäßig bürgerlich-konservativen Schichten, die den «Wehrwillen» eifrig pflegen und stärken; zu ihnen hat sich längst auch der Großteil der organisierten Arbeiterschaft gesellt, ja neuerdings sogar ein Kreis von «religiösen Pazifisten» (?), die dem Krieg — der notwendigerweise ein Weltkrieg mit Atombomben und vielleicht mit Bakteriengiften würde — ein neues Recht zuerkennen, wenn er als «Polizeiaktion» der freien «Menschenstaaten» gegen die gottlosen kommunistischen «Tierstaaten» geführt werde, und die mit dieser modernsten Kriegstheologie den Militärgläubigen das gute Gewissen zurückzugeben bemüht sind, das sie angesichts der grauenhaften Konsequenzen ihres Glaubens allmählich doch offenkundig verlieren. (Vgl. den Vortrag von Pfarrer P. Trautvetter im «Aufbau» vom 3. März 1950.)

Welch tiefer Fall! Welch furchtbare Verirrung, im Namen der höchsten Güter der Menschheit «nötigenfalles» die Anwendung der untermenschlichsten, satanischsten Vernichtungswaffen dulden oder gar gutheißen zu wollen und damit gerade jenem Grundsatz vom Zweck, der das Mittel heilige, zu huldigen, den man, wenn die Kommunisten ihm nachleben, nicht entrüstet genug denunzieren kann! Und gleichzeitig welche Verkenntnis des Charakters des modernen Krieges, der über jede irgendwie begrenzte und beherrschbare politische Aktion, auch über jede «Polizeiaktion» gegen den Kommunismus endgültig hinausgewachsen ist und, wenn er einmal entfesselt wäre, nur noch zu einer sinnlosen Zerstörungssorgie im Kolossalstil werden könnte! Der Widersinn kann nicht höher getrieben werden. Um so gebieterischer aber unsere Pflicht, allen neuen und alten Idealisierungen des Krieges nun erst recht den entschlossensten Kampf anzusagen, sein wahres Wesen schonungslos zu enthüllen und die Völker zum unbedingten Widerstand gegen ihn aufzurufen, in welcher Verkleidung er auch auftreten oder uns vorge stellt werden möge!

Finanzen und Skandale

Neben dieser überragenden Aufgabe wollen uns die sonstigen politischen Kämpfe und Auseinandersetzungen auf Schweizerboden fast belanglos, ja kleinlich erscheinen. Auch der Kampf um die Neuordnung des Bundeshaushalts, der in der Frühjahrstagung der Bundesversammlung aufs neue entbrennen wird. Die Anträge der Einigungskonferenz werden dabei von der besitzbürgerlich-konservativen Mehrheit ziemlich sicher en bloc angenommen, in der auf Anfang Juni zu erwartenden Volksabstimmung aber ebenso sicher verworfen werden. Eine «Finanzreform» ohne direkte Bundessteuer, aber mit dauernder Warenumsatzsteuer und gemilderter, dazu nur noch kurze Zeit zu erhebender Wehrsteuer — das ist wirklich mehr als der Souverän verträgt, zumal es das Geheimnis der «Föderalisten» bleibt, woher die Mittel für die wachsenden Militärausgaben genommen werden sollen, zu deren ernsthafter Beschneidung sie keine Hand rühren. Was aber dann? Zunächst einmal neue Notrechtsbeschlüsse und neue Versuche, eine Dauerlösung auf normal demokratischem Wege zu finden. Sollte sich aber auch das als unmöglich erweisen und die Kluft zwischen Volkswillen und Parlamentswünschen offen bleiben, dann wäre die Gefahr akut, daß die Schärfe der Klassengegensätze zum mindesten auf finanzpolitischem Gebiete den Rahmen der direkten Demokratie sprengen würde und der autoritär-kapitalistische Charakter unserer Demokratie, der ihr in Wahrheit natürlich schon längst eigen ist, auch nach außen hin nicht mehr verschleiert werden könnte.

Inzwischen wird das Volk durch die nicht endende Reihe öffentlicher Skandale, die vor seinen Augen abrollen, dauernd in übler Laune gehalten. Zuerst die trüben Affären im Internierungswesen, dann die Explosionen in verschiedenen Munitionslagern (für die selbstverständlich niemand verantwortlich gemacht werden konnte), dann die Betrüge reien im Festungsbau, dann die Waffenverschiebungen ins Ausland, die die Rolle unserer Rüstungsindustrie wieder einmal ganz hübsch beleuchten, dann die Affidavitfälschungen, bei denen der Halbbruder eines Bundesrats moralisch der Hauptschuldige war, gleichzeitig die Tragikomödie um das Gefängnis St. Antoine in Genf, verquickt mit diversen Machenschaften des freisinnigen Regierungsrats Duboule, die ihm in der deutschen Schweiz längst sein Amt gekostet hätten, und schließlich die sich ebenfalls in Genf abwickelnden Prozesse um die Erbschaft Paderewskis, an deren Veruntreuung und Verschiebung nach Amerika nach den bisher unbewiesenen Behauptungen der Madame

Giron hohe schweizerische Würdenträger beteiligt gewesen sein sollen — wirklich, es ist mehr als bloß eine literarische Redensart, wenn man sagt, daß da etwas faul sein müsse im Staate Dänemark! Wenn man an die verhältnismäßig soliden Zustände zurückdenkt, deren sich die Schweiz vor dem ersten Weltkrieg erfreute, so kann man sich — auch wenn man billiges Moralisieren nicht gerade schätzt — des Eindruckes nicht erwehren, daß die Geschäftsmoral, die Moral des kapitalistischen Geschäftsbetriebs, auch bei uns schauerhaft gesunken ist. Fäulniserscheinungen in solcher Häufung — und jedermann ist ja überzeugt, daß nur der kleinste Teil davon in die Öffentlichkeit dringt — sind nichts Zufälliges oder Beiläufiges; sie sind immer Anzeichen einer tiefen Erkrankung des Gesellschaftskörpers, Ausdruck des Niedergangs einer ganzen Zivilisationsepöche. (Schon die Gesellschaftskritiker des späteren Roms haben die von ihnen so beklagte corruptio morum, die Sittenverderbnis besonders in den oberen Schichten, als Symptome eines allgemeinen Kulturverfalls gewürdigt.) Im Ausland hat diese Korruption zwar noch viel krassere Formen angenommen als hierzulande; aber auch die schweizerische Wirtschaftswelt hat keinen Anlaß mehr, sich einer besonderen Gediegenheit ihrer Sitten und Methoden zu rühmen. Der Kapitalismus ist nun einmal das Wirtschaftssystem der organisierten, mehr oder weniger gesetzlich geschützten Unsittlichkeit, und es wird auch in der Schweiz trotz dem anscheinend gesicherten Wohlstand, ja Reichtum, den Mammon seinen Dienern bietet, nicht mehr allzu lange gehen, bis sich dieses sein Wesen auch in einem offenkundigen Versagen seiner Erfolgskraft äußern wird. «Siehe, die Füße derer, die deinen Mann begraben haben, sind vor der Tür und werden dich hinaustragen.»

7. März 1950.

Hugo Kramer.

Schweizerische Religiös-soziale Vereinigung

Mitgliederversammlung vom 12. März 1950

Die auf den 12. März anberaumte, entscheidende Aussprache der Religiös-sozialen Vereinigung stand, trotz vermittelndem Eingangsreferat von Pfr. J. Götz, unter dem Druck der ausgesprochenen Absicht eines Teils der Mitglieder, der Zusammenarbeit der beiden Richtungen ein Ende zu bereiten. Frl. Dr. Ch. Ragaz, als Initiantin der Trennung, beantragte eine Statutenänderung (Ausschaltung der «Neuen Wege» als Organ der Religiös-sozialen Vereinigung), um die von vielen bekämpfte Spaltung durchzusetzen. Wie sehr die Verantwortung für diesen Schritt auf der Versammlung lastete, zeigte die Diskussion. Deren tiefer Ernst, ihr beschwörender Appell an das Andenken von Leonhard Ragaz vermochten bei den Gegnern der Zusammenarbeit keine Sinnesänderung zu bewirken. Das Bekenntnis zur Freiheit und Gemeinschaft, zu sozialer Gerechtigkeit in der Freiheit ist aber ein Ziel, um das gerungen werden muß, und zwar von Menschen in allen Lebenslagen. Im Ringen um Freiheit und Gemeinschaft — dies kam in der Diskussion deutlich zum Ausdruck — ist niemandem die absolute Wahrheit offenbart. Das Beste, was man von uns wird sagen können, ist, daß wir in der heutigen Lage weder einem hysterischen Antikommunismus verfallen und uns für den Kreuzzug gegen den Osten mißbrauchen lassen, noch daß wir bereit sind, den Westen nur durch die marxistische Brille zu sehen. Es erfordert unter anderem, daß wir versuchen, über den Wall schweizerischer Selbstgerechtigkeit und Geborgenheit hinauszusehen. Wir müssen die Zeit im Sinne des Evangeliums lesen, des Evangeliums, das eine revolutionäre Botschaft ist, wenn sich nicht die Tätigkeit der Religiös-sozialen Vereinigung in erbaulichen Betrachtungen erschöpfen soll, die auf die politische Willensbildung nicht den geringsten Einfluß haben können. Die Mehrheit, die den Trennungsstrich ablehnte, zählt auf die Treue der Mitglieder unserer Bewegung. Sie ist sich ihrer großen Verantwortung bewußt und hofft, durch zielbewußte, unentwegte Arbeit für die Religiös-soziale Bewegung neue Kräfte und neue Menschen zu gewinnen.